



Hinweis auf Förderung

Soziokulturelle Projekte aufgepasst!

Für soziokulturelle Projekte und junge Kulturinitiativen **vergift der „Fonds Soziokultur“ für 2012 Fördermittel.**

Unter dem Motto **„Eine Chance für die Jugend“** sind aktive Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren angesprochen, die sich z.B. in einem Videoprojekt zu Migration im Stadtteil oder mit einer Fotoausstellung zum Wandel eines Dorfes engagieren. Außerdem können sich **andere Träger soziokultureller Projekte aus der freien Theater- oder Tanzszene und viele andere** um Förderung bewerben. Alle Informationen zu den Ausschreibungen gibt es unter www.fonds-soziokultur.de.

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

28. September 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer in einem demokratischen Land lebt, hat garantierte Grundrechte, die ihm niemand streitig machen kann. Diese Grundrechte garantieren zum Beispiel, dass alle Menschen gleich sind, jeder einen Verein gründen und sich versammeln kann sowie Meinungsfreiheit hat. In Deutschland wacht ein eigenes Gericht über die Grundrechte und verurteilt diejenigen, die die Rechte Einzelner verletzen. Dieses Gericht entscheidet auch über die Aufgaben und Verpflichtungen der einzelnen Verfassungsorgane zueinander, also zum Beispiel auch über die des Bundestages und der Bundesregierung. Das Bundesverfassungsgericht wird 60 Jahre alt! Am 28. September 1951 hat es in Karlsruhe seine Arbeit aufgenommen. Heute findet deshalb in Karlsruhe ein großer Festakt statt.

180.000 Fälle lagen dem Gericht bisher vor, 450 Gesetze wurden von den Richterinnen und Richtern für ganz oder teilweise nichtig erklärt. Bemerkenswert ist, dass der Verfassungskonsens in Deutschland bisher garantiert hat, dass alle Entscheidungen umgesetzt werden. Denn das Gericht hat zur Vollstreckung seiner Urteile keine Gerichtsvollzieher wie es sie im Straf- oder Zivilrecht gibt - es ist alleine unser Verfassungskonsens, der die Umsetzung der Urteile garantiert. Und das hat in den vergangenen 60 Jahren gut funktioniert. Auch deshalb genießt das Bundesverfassungsgericht ein hohes Ansehen - und das wünsche ich dem Gericht auch für die nächsten 60 Jahre!

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries



Veranstaltungs-Tipp

Wohnen und Leben
in Frankfurt/Main

Über eine „gute“ Wohnraumpolitik und ein sozial ausgewogenes Mietrecht diskutiere ich am Dienstag (4.10.) in Frankfurt/Main gemeinsam mit der stellvertretenden Geschäftsführerin des Mieterbundes Wiesbaden, Eva-Maria Winckelmann, dem Vorsitzenden des Mietervereins Höchster Wohnen, Sieghard Pawlik, und meinem Kollegen Gerold Reichenbach, MdB. Neben aktuellen Fragen zur Wohnungspolitik geht es auch um ganz praktische Tipps rund ums Mietrecht.

Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr und findet statt im Clubraum des Saalbau Bockenheim, Schwälmer Straße 28, 60486 Frankfurt/Main.

Der Rettungsschirm - eine Abstimmung mit gemischten Gefühlen

Von historischen Entscheidungen zu sprechen, wirkt oft sehr dramatisch. **Die Entscheidung des Bundestages diesen Donnerstag ist aber sicher eine der wichtigsten der vergangenen Jahre - ob sie tatsächlich historisch ist, das wird sich erst noch zeigen müssen**, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen entscheiden wir über die Erhöhung der Garantien für den temporären Euro-Rettungsschirm EFSF auf 780 Mrd. Euro, der Garantieanteil Deutschlands steigt damit auf 211 Mrd. Euro - unvorstellbare Summen. Und es geht um die neuen Befugnisse des Schirms, die die Staats- und Regierungschefs der EU am 21. Juli vereinbart haben. Der Fonds soll künftig Staatsanleihen von Krisenstaaten kaufen und Darlehen zur Rekapitalisierung von Banken vergeben können. **Ob die jetzt zu beschließenden Maßnahmen am Ende ausreichen, die Krise überbordender Staatsverschuldung und die Krise des Finanzsektors in den Griff zu bekommen, ist nicht sicher.**

Zum anderen wird das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zeigen, ob die Kanzlerin in ihrer Koalition noch eine eigene Mehrheit hat - denn trotz aller Beschwichtigungsversuche von Herrn Schäuble und anderen ist klar: **Ohne Kanzlermehrheit ist Merkel politisch gescheitert.**

Nach vielen Gesprächen und Diskussionen in der Fraktion habe ich mich entschlossen, für die Ausweitung des Rettungsschirms zu stimmen. Sicher sind die genannten Beträge der Bürgschaften auf den ersten Blick mehr als beeindruckend - aber ich bin davon überzeugt: **Ohne unsere Unterstützung und ohne das gemeinsame Eingreifen der 17 Euro-Staaten würde es am Ende noch teurer für uns alle werden. Wenn Europa Griechenland nicht retten kann, werden weitere Länder folgen.** Die Märkte werden jedes Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität der angeschlagenen Euroländer verlieren. Die Krise wird sich verschärfen, den deutschen Steuerzahler wird das weitere Milliarden kosten.

Mit dem Rettungsschirm helfen wir in der akuten Situation, im nächsten Schritt brauchen wir einen Zeitplan zur Beseitigung der Probleme und der „Geburtsfehler“ der Währungsunion - denn die gemeinsame Währung funktioniert nur mit mehr gemeinsamer Politik. Es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, dass einzelne Mitgliedsstaaten Steuerdumping betreiben und dann, wenn die Kassen leer sind, nach Hilfe der Gemeinschaft rufen. **Notwendig ist auch für alle europäischen Staaten die Einnahmeseite durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu erhöhen.**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:

[aboutpixel/Jörg Kleinschmidt](#) (S. 2)
[aboutpixel/Simon Ledermann](#) (S. 3)

Ausländische Bildungsabschlüsse auch in Deutschland anerkennen: Regierung muss handeln!

Auch diese Woche diskutiert der Bundestag ein integrationspolitisches Thema: Die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen. Schon im Dezember 2009 hat die SPD-Bundestagsfraktion die Initiative ergriffen und ein Anerkennungsgesetz gefordert, denn **die Regelungen zur Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen in Deutschland sind unzureichend. Das hängt vor allem an den unterschiedlichen Regelungen im Bund, in den Ländern und auf EU-Ebene.** Daraus folgen zersplitterte Zuständigkeiten und eine uneinheitliche Verwaltungspraxis in den Ländern - für die betroffenen Migrantinnen und Migranten ein nicht nachvollziehbarer Zustand.

Für unser Land ist dieser Zustand gleich doppelt schlimm: Zum einen werden wir den Ansprüchen einer modernen Integrations- und Europapolitik nicht gerecht, zum anderen verhindern wir, dass in Deutschland dringend benötigte Fachkräfte eingestellt werden.

Die Bundesregierung hat jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der am Donnerstag vom Parlament beschlossen werden soll. Die bisherigen Beratungen in den Fachausschüssen und die Anhörung von Experten haben gezeigt: **Der Entwurf ist ein Schritt in die richtige Richtung, wichtige, ganz praktische Fragen sind aber nach wie vor offen:** Wer unterstützt die qualifizierten Migranten in schwierigen Verfahren? Wie sieht deren Beratung aus, damit sie erfolgreich in den Beruf eintreten können? Gibt es tatsächlich bundesweit gültige Standards für die Anerkennungsverfahren, damit nicht wie bei einem Glücksspiel der Wohnort darüber entscheidet, ob ein Abschluss anerkannt wird oder nicht? Welche Anpassungsqualifizierungen gibt es für diejenigen, die nur eine Teilanerkennung erhalten und wer bezahlt diese?

Wenn man tatsächlich eine Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen will, müsste der Gesetzentwurf noch geändert werden und es sind wichtige Begleitmaßnahmen notwendig. Die Bildungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion haben das in einem Entschließungsantrag noch einmal bekräftigt: **Das Gesetz kann nur erfolgreich sein, wenn es den Rechtsanspruch auf Beratung, eine soziale Regelung der Gebühren, den Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Bündelung, Vereinheitlichung und Qualitätssicherung der Anerkennungsverfahren gewährleistet - doch wenn die Regierung von vorne herein festlegt, dass all` das nichts kosten darf, wird das Gesetz sein Ziel nicht erreichen!**